

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
01/2014 (II)*



Liebe FreundInnen!

am 29. Januar ist der Nationalrat zu einer regulären Sitzung zusammengekommen. Im Rahmen einer Europastunde der SPÖ wurde über die Vorbildfunktion des österreichischen Ausbildungssystems innerhalb der EU diskutiert. Weitere Themen waren u.a. die Familienförderung und das Bundesministeriengesetz.

Bereits am Vortag war das **Polizeireform-Fiasko** von Innenministerin Mikkl-Leitner das Hauptthema im SPÖ-Klub. Im Präsidium, im Vorstand und in der Klubsitzung haben wir das unmögliche Vorgehen der Innenministerin diskutiert und unserem anwesenden Kanzleramtsminister Josef Ostermayer klar und deutlich unseren Unmut mitgeteilt. Die Art und Weise, wie die Innenministerin versucht ihre Polizei-Reform gegenüber den Ländern und Gemeinden durchzudrücken, ist alles andere als ein Beispiel guter Politik. Gute demokratische und föderale Praxis war es bislang und sollte es auch weiterhin sein, dass insbesondere bei so sensiblen Themen, wie die Sicherheit, alle betroffenen politischen Ebenen in die Entscheidung eingebunden werden. Das gilt in diesem Fall besonders für die Gemeinden vor Ort. Ich unterstütze daher voll und ganz den Protest gegen diese unsensible - auch unpolitische - Vorgangsweise. Unsere Handlungsmöglichkeiten im Nationalrat sind leider begrenzt, weil diese Reform keine Zustimmung durch den Ministerrat oder den Nationalrat benötigt. Vom SPÖ-Klub sind wir allerdings der Meinung, dass die Innenministerin selbst und vor Ort ihre Reformen rechtfertigen und sich den berechtigten Protesten gegen ihr Vorgehen stellen sollte. Ich hoffe jedenfalls sehr, dass im Innenministerium doch noch die Vernunft einkehrt und auf die Vorschläge von LH Peter Kaiser eingegangen wird.

Selbstverständlich gilt auch in der neuen Legislaturperiode: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch, 29. Jänner 2014, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Zu Beginn wurde im Rahmen einer **Aktuellen Stunde** über die Familienförderung in Österreich diskutiert, danach in einer **Aktuellen Europastunde** über das duale Ausbildungssystem und die Ausbildungsgarantie, bei denen Österreich ein Vorbild für andere europäische Staaten ist. Beschlossen wurden unter anderem das neue Bundesministeriengesetz, der Gehaltsabschluss für BeamtInnen, eine authentische Interpretation des Tabakgesetzes und das gesetzliche Budgetprovisorium.

Der Plenartag startete mit einer **Aktuellen Stunde** der ÖVP zum Thema „**Perspektiven der Familienförderung in Österreich**“. SPÖ-Familiensprecherin **Angela Luger** betonte, dass die **Familienbeihilfe** eine wesentliche Säule sei, um Familien zu unterstützen. Jedoch soll der Fokus nicht nur auf **Geldleistungen**, sondern auch auf **Sachleistungen** und die Betreuung von Kindern gelegt werden. Daher werden in der jetzigen Regierungsperiode **830 Millionen Euro für Familienbeihilfe** und gleichzeitig **350 Millionen Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen** eingesetzt. SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin **Katharina Kucharowits** erinnerte an die Forderungen junger Mütter und Väter in den Bereichen der **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**, **Kinderbetreuungsplätze** und **leistbarem Wohnen**. "Im 21. Jahrhundert ist Familienpolitik Frauen- und Männersache", machte sie klar. Auch ein bezahlter **Papamonat** sei eine wesentliche Förderung von und für Familien.

Im Rahmen der **Aktuellen Europastunde** betonte SPÖ-Abgeordneter und Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses **Josef Cap**, dass das Europaparlament einen **sozialdemokratischen Präsidenten** und einen **Mentalitätswechsel** brauche. "Wir haben in **Europa 5,6 Millionen arbeitslose Jugendliche**. Jeder Jugendliche, der keinen Arbeitsplatz hat, ist einer zu viel. Dagegen gilt es anzukämpfen." Dazu gehört auch der **Kampf um einen starken Euro** und der **Kampf gegen Finanzspekulationen**, damit Banken etwas für die Realwirtschaft tun und Beschäftigung schaffen. Die wirtschaftliche Strategie des **Kaputtsparens** führe zu **Massenarbeitslosigkeit**, betonte Cap, welche die Basis für Radikalismus und Perspektivlosigkeit bilde. Man müsse alles unternehmen, um diese Entwicklung zu unterbinden.

Christine Muttonen, SPÖ-Bereichssprecherin für Außenpolitik und EU, wies darauf hin, dass **Österreich** in Europa in Zeiten der Krise ein **wesentliches Vorbild im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit** geworden sei. Denn in Österreich gibt es ei-

ne lange Tradition, dass **Politik und Sozialpartner gemeinsam** an Lösungen arbeiten. „Lösungen, die gut sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Kinder und Jugendlichen, für die Wirtschaft und für den sozialen Frieden in diesem Land“, sagte Muttonen. SPÖ-Sozialsprecherin **Sabine Oberhauser** widmete sich in ihrer Rede dem **Exportschlager der dualen Ausbildung**. „Viele Länder beneiden uns um die wirkliche Dualität zwischen Lernen und handwerklicher Arbeit“, sagte Oberhauser. Europa handle richtig und nehme Geld in die Hand, um die **Ausbildungsgarantie** nach österreichischem Modell auszudehnen. Die EU investiert mehrere Milliarden Euro in Länder mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, um Perspektiven zu schaffen. „Ich hoffe, dass wir uns im Rahmen einer **sozialen Union** weiterentwickeln werden und dass wir mit den nächsten Wahlen diesen Weg gehen können“, stellte Oberhauser fest.

Im Rahmen der **Dringlichen Anfrage** der Grünen an den Finanzminister zur **Hypo-Alpe-Adria** betonte SPÖ-Klubobmann **Andreas Schieder**, dass sich der Finanzsektor an den Kosten für die Hypo-Alpe-Adria beteiligen müsse. Aus Sicht der SPÖ ist es notwendig, eine Lösung für die Hypo-Alpe-Adria zu finden, die insgesamt die **Kosten für den Staat Österreich möglichst gering** hält. Wenn Kosten entstehen, sollen diese durch die **Bankenabgabe vom Finanzsektor** zu einem wesentlichen Teil **mitgetragen** werden. Die **Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** müssen hingegen so **gering** wie möglich gehalten werden. Nachdem die Taskforce alle Details analysiert hat und mehrere Varianten vorgeschlagen hat, muss jetzt nach **sachlicher und intensiver Prüfung rasch eine Entscheidung** getroffen werden.

Schieder verwies in seiner Rede auch auf die **Verantwortung der FPÖ Kärnten** und des damaligen FPÖ-Landeshauptmanns Jörg Haider, der eine **Haftung von über 20 Milliarden Euro** übernommen hatte. Seit der Notverstaatlichung der Hypo-Alpe-Adria sind außerdem **wichtige Maßnahmen von der Regierung umgesetzt** worden, um das Schadensausmaß so gering wie möglich zu halten und künftig derlei Fälle zu verhindern. Die Regierung hat die **Bankenabgabe** eingeführt, um eine Gegenfinanzierung zu erhalten. Im Nationalrat ist das **Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz** beschlossen und auf EU-Ebene mit der Einführung der **Bankenunion** ein Mechanismus für die künftige Handhabung von Bankenpleiten geschaffen worden. Nicht zuletzt sind auch die Mindestkapitalvorschriften für Banken erhöht worden.

Die Beschlüsse vom Mittwoch, 29.01.2014

Neuordnung der Ministerialkompetenzen – Novelle Bundesministeriengesetz (20 d.B.)

Mit der Gesetzesänderung sollen die **Ministerialkompetenzen neu geordnet** werden – entsprechend den Vereinbarungen, die anlässlich der Regierungsbildung getroffen wurden. Die wichtigsten Änderungen: Der **Bereich der Kunst und Kultur und des Kultus** wird aus dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur in **das Bundeskanzleramt** und damit **an Kanzleramtsminister Josef Ostermayer** übertragen.

Der Bereich der **Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten** wird aus dem Bundeskanzleramt **in das künftige Bundesministerium für Bildung und Frauen** (bisher: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur) übergeführt, das **Gabriele Heinisch-Hosek leitet**.

Das **Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie** (BMVIT) wird offiziell **zum "Weltraum-Ministerium"**. Das BMVIT betreut schon seit Jahren die österreichischen Weltraumaktivitäten, die angesichts ihrer gewachsenen Bedeutung und der intensiven Arbeit, jetzt auch ausdrücklich diesem Ministerium zugeordnet werden.

Die **Angelegenheiten der Integration** wandern **aus dem Bundesministerium für Inneres in das neu aufgestellte Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres**, vormals das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Der Bereich Familie und Jugend, bisher im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend integriert, wird zu einem **eigenständigen Bundesministerium für Familien und Jugend**.

Dafür wird der **Bereich Wissenschaft und Forschung** im Bundesministerium für Wirtschaft angesiedelt, das künftig **Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft** heißen wird.

Strukturell ausgeglichener Staatshaushalt bis 2016 – gesetzliches Budgetprovisorium 2014 ([22 d.B.](#))

Das **gesetzliche Budgetprovisorium** vollzieht die nun geänderte **Ministeriumsstruktur** nach und stellt sicher, dass der **Haushalt** bis zur Erstellung des endgültigen Budgets 2014 **ordnungsgemäß weitergeführt** werden kann. Außerdem gibt das Provisorium genügend Zeit, um in Ruhe über ein qualitätsvolles Budget 2014 zu beraten, das voraussichtlich im April vorgelegt wird. Mit den festgelegten **Obergrenzen** und den **Einsparungen** bei den gestaltbaren Mittelverwendungen der Ministerien in der Höhe von insgesamt **500 Millionen Euro** wird das Ziel eines **strukturell ausgeglichenen Staatshaushaltes bis 2016** konsequent verfolgt.

Ein durchsichtiger Versuch der FPÖ-Fraktion, durch einen Entschließungsantrag zum Thema Polizeidienststellen die Parteien zu spalten, scheiterte kläglich. Der Antrag fand weder bei der Koalition noch bei Grünen und Neos Zuspruch.

Authentische Interpretation des Tabakgesetzes ([19 d.B.](#))

Mit der so genannten „**authentischen Interpretation**“ **des Tabakgesetzes** wurde heute im Nationalrat festgestellt, dass es für Gäste eines Lokals **zumutbar** ist, den **RaucherInnen-Bereich kurz** – etwa für einen Toilettengang – zu **durchschreiten**. Diese Klarstellung ist aber **keine gesundheitspolitische Frage**, sondern eine bloße **Präzisierung des** im Jahr **2008 beschlossenen NichtraucherInnen-Schutzes**. Die Klarstellung ist deshalb **notwendig, um nicht Betriebe zu bestrafen, die** im Vertrauen auf die Rechtslage und im Einklang mit den behördlichen Auflagen **bauliche Investitionen durchgeführt haben**.

Senkung der Vorzugsstimmen-Hürde – Novelle Europawahlordnung ([21 d.B.](#))

Die beschlossene **Änderung der Europawahlordnung** senkt die **Vorzugsstimmen-Hürde** bei Wahlen zum Europäischen Parlament **von sieben auf fünf Prozent** – ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer **stärkeren Personalisierung** des Wahlrechts. Konkret bedeutet die Änderung, dass die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahllisten vorgereiht werden, sobald sie fünf Prozent der auf ihre Partei entfallenden Stimmen erzielen. Bisher mussten die Kandidatinnen und Kandidaten eine Sieben-Prozent-Hürde nehmen.

Durch **Sofortmeldungen bei den Vorzugsstimmen** können außerdem die Ergebnisse der Vorzugsstimmen deutlich früher veröffentlicht werden (Mitte der Folgewoche nach dem Wahltag). Eine wesentliche Neuerung ist auch die Tatsache, dass **Wahlkarten** für die Europawahl künftig in einem **beliebigen Wahllokal** in Österreich abgegeben werden können. Mit dem Gesetzesentwurf wurde eine EU-Richtlinie umgesetzt.

Neuordnung der Redezeit – Novelle Geschäftsordnungsgesetz ([4 d.B.](#))

Die aktuelle Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrats betrifft die **Bestimmungen über die Blockredezeiten**. Diese sollen **an die veränderten Strukturen des Nationalrates** nach den letzten Nationalratswahlen (6 Fraktionen, dabei sehr kleine Fraktionen) **angepasst** werden, **um eine vernünftige Dauer der Nationalratssitzungen festlegen** zu können. Wichtige Bestandteile der Gesetzesnovelle sind die mögliche **Herabsetzung der Tagesblockredezeit eines Klubs von 60 auf 30 Minuten** und die **Beschränkung der Redezeit eines Abgeordneten von zehn auf fünf Minuten**, wenn keine Blockredezeit vereinbart wurde. Die sogenannte „**Wiener Stunde**“ wird künftig aus 61 Minuten bestehen und nach folgendem Schlüssel verteilt: je 13,5 Minuten SPÖ und ÖVP, 12,5 Minuten FPÖ, 10,5 Minuten Grüne sowie je 5,5 Minuten Team Stronach (TS) und NEOS.

Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst 2014 ([17 d.B.](#))

Der zwischen **Regierung** und **Gewerkschaft** für die **Jahre 2014 und 2015** vereinbarte **Gehaltsabschluss** für den öffentlichen Dienst sieht vor, dass die Gehälter der BeamtInnen und Vertragsbediensteten ab 1. März 2014 um **1,4 Prozent plus einem Fixbetrag von 14,5 €** angehoben werden. Das entspricht einer Gehaltserhöhung zwischen 1,55 Prozent für die höchsten und 2,41 Prozent für die niedrigsten Einkommen. Im **Durchschnitt** beträgt das **Gehaltsplus 1,88 Prozent**. Im **kommenden Jahr** werden die Gehälter um die **Inflationsrate** plus einen **Aufschlag** von 0,1 Prozent erhöht. Der Gehaltsabschluss 2014 belastet das Budget mit **227 Mio. €**. Ebenfalls angehoben werden die Bezugs- und Zulagenansätze für Landesvertragslehrpersonen ([18 d.B.](#)).

Reden

Rede am 29.01.2014 im Rahmen der Europastunde zum Thema: Vorbildfunktion des österreichischen Ausbildungssystems innerhalb der EU

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Vielen Dank, Herr Bundeskanzler, für die Ausführungen. Ich glaube, sie machen deutlich, dass Österreich in dieser europäischen Krise ein wesentliches Vorbild im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit geworden ist, und zwar im nachhaltigen Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Und das kommt nicht von ungefähr, meine Damen und Herren. Wir haben in Österreich eine lange Tradition, nämlich die Tradition, dass bei uns Politik und Sozialpartner gemeinsam an Lösungen arbeiten, Lösungen, die gut sind für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, für die Kinder und Jugendlichen, die gut sind auch für die Wirtschaft und – nicht zuletzt – ganz wichtig und gut für den sozialen Frieden in unserem Land. Und dazu gehört eine hohe Beschäftigung, dazu gehören gut ausgebildete Jugendliche, dazu gehören gute Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung, da-

zu gehört aber auch die Unterstützung von Menschen, die ihre Arbeit verloren haben.

Österreich hat daher in der Wirtschafts- und Finanzkrise von Anfang an einen besonderen Weg eingeschlagen. Die sozialdemokratisch geführte Regierung hat bereits 2008 die Jugendgarantie eingeführt, weil noch unter Blau-Schwarz auch in Österreich bei guten Wirtschaftsbedingungen die Jugendarbeitslosigkeit bis zu 11 Prozent angestiegen war. Und diese Garantie haben wir trotz der Krise nicht eingestellt – etwa um schnell Geld zu bekommen, indem hier möglicherweise etwas kappungsgespart wird; das haben wir nicht getan –, sondern wir haben die Jugendgarantie fortgesetzt und weiter in die Zukunft unserer Jugend investiert. Damit haben wir den massenhaften Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, den es ja leider in vielen europäischen Ländern gibt, wirksam verhindern können.

Diese Politik haben die SozialdemokratInnen auch nach außen vertreten: durch unsere Abgeordneten im Parlament, durch unsere Minister, ganz besonders Sozialminister Hundstorfer, und auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs durch unseren Bundeskanzler. Und Bundeskanzler Faymann war ja, wie bei der Finanztransaktionssteuer, einer der wenigen, die auf der europäischen Ebene trotz Krise Investitionen gefordert haben, und zwar Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Bundeskanzler Faymann hat vehement Mittel für die Bekämpfung der schnell ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit gefordert und hat auch bei seinen Kolleginnen und Kollegen vehement für die europäische Jugendgarantie und auch für das duale Ausbildungssystem geworben. Mit großem Erfolg, wie wir gehört haben – es kommen ja zahlreiche Vertreter der anderen Staaten zu uns, um sich unsere Modelle anzusehen. Schweden hat bereits angekündigt, unser duales Ausbildungsmodell zu übernehmen, und es gibt intensiven Kontakt mit Spanien, Griechenland und Portugal, um auch dort Expertise anzubieten.

Zahlreiche ausländische Zeitungen, darunter die „FAZ“, „The Guardian“, „Die Zeit“, beschreiben Österreich als Vorbild. Interessant ist auch, weil wir ja in Bildungsfragen immer nach Finnland schauen, dass die größte finnische Tageszeitung, „Helsingin Sanomat“, im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit vom Wunder von Österreich schreibt. Und Erstaunliches habe ich in der schwedischen Zeitung „Kristianstadsbladet“, der Ausgabe vom 25. Jänner dieses Jahres gelesen. Darin wird vom jährlichen Europaforum berichtet, das unter dem Titel stand: Die EU-Wahl und Österreich. Und zum Grund dieses Titels: Es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen Österreich und Schweden, aber einen gravierenden Unterschied, und das ist die niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

Wie gesagt, Österreich ist in Europa zu einem Vorbild und Ideengeber in der Beschäftigungspolitik geworden. Wir werden diesen Weg entschlossen weitergehen. Wir werden das auch bei den anstehenden Wahlen thematisieren. Wir werden weiter für eine aktive Beschäftigungspolitik kämpfen, für starke Sozialpartnerschaften und für eine Politik, die auch, gerade in Krisenzeiten, sozial gerecht sein muss, ganz be-

sonders für unsere Kinder und für die Jugendlichen. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Wöginger.)*

10.54

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Großer Erfolg für Tunesiens Frauen \(27.01.2014\)](#)

[Nationalrat - Muttonen: Österreich Vorbild im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit \(29.01.2014\)](#)

Treffen mit Abgeordneten der französischen Assemblée Nationale

Am 16. Januar war eine überparteiliche Delegation von Abgeordneten des französischen Parlaments zu Besuch im Nationalrat, um sich mit den Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses auszutauschen. Die französischen KollegInnen interessierten sich besonders für guten wirtschaftlichen Eckdaten Österreichs und der im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosigkeit. Auch von dem guten sozialpartnerschaftlichen Dialog in Österreich zeigten sie sich beeindruckt. Von österreichische Seite kamen vor allem Fragen zur neuen Wirtschaftspolitik, die Präsident Hollande Mitte Januar angekündigt hatte. Mich interessierte insbesondere, welche Politik Frankreich in Zukunft für die Einführung der Finanztransaktionssteuer verfolgen wird. Hier erklärten mir unsere französischen Gäste, dass sich Frankreich verstärkt für eine gesamteuropäische Lösung einsetzen wolle.

Botschafter Themistoklis Dimidis stellt Programm der griechischen Ratspräsidentschaft vor

Am 29. Januar traf der griechische Botschafter Themistoklis Dimidis die Mitglieder des EU Unterausschusses, um die griechischen Pläne für ihre Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014 zu präsentieren. In den Fokus ihrer Arbeit wollen die Griechen insbesondere die Umsetzung des Wachstums- und Beschäftigungspaktes stellen. Außerdem soll die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt und eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik vorangebracht werden. Für einen Küsten- und Inselstaat wie Griechenland nicht überraschend, soll auch die gemeinsame Meerespolitik eine wichtige Rolle spielen. Weitergehende Informationen zur Griechischen Ratspräsidentschaft könnt Ihr [hier](#) einsehen.

Jahrestag der tunesischen Revolution

Am 15. Januar lud der tunesische Botschafter in Wien anlässlich des 3. Jahrestages der tunesischen Revolution zu einem [Empfang](#) ein. Neben der sehr schönen musikalischen Darbietung des großen tunesischen Maestros Zied Gharsa stand die neue tunesische Verfassung im Zentrum der Veranstaltung. Diese stellt mit ihren weitreichenden Gleichstellungsrechten ein Meilenstein für die Frauenrechte im arabischen Raum dar (Siehe auch meine obige PA vom 27. Januar).

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at